

## ■ Hans-Dieter Schmid Das Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten des Bundesarchivs

Das heutige Zwischenarchiv des Bundesarchivs in Dahlwitz-Hoppegarten im Osten von Berlin ist im wesentlichen aus dem zweiten Zentralarchiv des Ministeriums für Staatssicherheit hervorgegangen, das sich in dem ausgedehnten Stasi-Komplex in der Freienwalderstraße in Hohenschönhausen (Ost-Berlin) befand, in dem auch das Untersuchungsgefängnis des MfS mit dem berüchtigten »U-Boot« – einem unterirdischen Zellentrakt ohne Verbindung nach außen – lag. Tatsächlich gehörte das Archiv zur Untersuchungsabteilung der Hauptabteilung IX des MfS, und zwar zu der Abteilung 11, die sich mit der NS-Zeit beschäftigte. Das ursprüngliche Ziel beim Aufbau des Archivs war es gewesen, Material für die NS-Prozesse in der DDR zu sammeln, also für die DDR eine ähnliche Funktion zu erfüllen wie die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg für die Bundesrepublik. Als weitere Zielsetzung kam bald das Sammeln von Material aus der NS-Zeit über Persönlichkeiten der Bundesrepublik hinzu. Anders als die Ludwigsburger Zentralstelle begnügte sich die Staatssicherheit allerdings nicht mit dem Sammeln von Kopien, sondern zog in großem Stil Archivgut aus den verschiedensten Archiven der DDR an sich. Zudem verfügte das Archiv über einen eigenen Bestand aus einem Teil der in der DDR befindlichen Akten des Reichssicherheitshauptamtes und des Volksgerichtshofs (v.a. Akten des Oberreichsanwalts). Die Akten waren häufig in der MfS-Zeit einfach weitergeführt worden; oft waren Teilakten unterschiedlicher Provenienz – da sie z.B. die gleiche Person betrafen – einfach unter einer neuen Signatur zusammengefaßt worden; aus dem gleichen Grund wurden aber auch zusammengehörige Akten auseinandergerissen. Erschlossen waren diese sog. Z-Bestände – insgesamt etwa 6000 laufende Meter – ausschließlich über eine umfangreiche Personenkartei, in die –

eine haarsträubende Vorstellung für einen Archivar – die originale Kartei des Gestapo-Amtes einfach eingearbeitet worden war.

Bis zur Wende war das Archiv weitgehend unbekannt; Zugang wurde westlichen Besuchern nur in – politisch opportunen – Ausnahmefällen gewährt. Nach der Wende wurde das Archiv dem Bundesarchiv, und zwar der aus dem ehemaligen Zentralen Staatsarchiv der DDR hervorgegangenen Außenstelle Potsdam, unterstellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Ich selbst habe in der Freienwalderstraße zum ersten Mal im Juli 1991 gearbeitet, als dort noch ein Teil der alten Mitarbeiter aus der Stasi-Zeit arbeitete. Die Entlassung dieser Mitarbeiter im Herbst 1991 – auch einfache Magaziner konnten, da sie zweifelsfrei MfS-Mitarbeiter gewesen waren, nicht weiter im öffentlichen Dienst beschäftigt werden – und der Umzug nach Dahlwitz-Hoppegarten im Frühjahr 1992 schränkten in der folgenden Zeit die Zugänglichkeit allerdings vorübergehend wieder etwas ein.

Schon in der Freienwalderstraße hatten sich die Bestände des Archivs insofern verändert, als einerseits damit begonnen wurde, Aktenbestände zweifelsfreier Herkunft wieder an ihre ursprünglichen Besitzer zurückzugeben. Das gilt zum Beispiel für einen umfangreichen Bestand von Akten des sächsischen Sondergerichts Freiberg, die dem Sächsischen Staatsarchiv Dresden zurückgegeben wurden. Andererseits nahm das Archiv NS-Justizakten aus anderen Archiven der ehemaligen DDR auf, vor allem die sogenannten NJ-Akten des Zentralen Parteiarchivs im ehemaligen Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Auch dieses Archiv hatte in den 50er und 60er Jahren einen Teil der aus der Sowjetunion zurückgekommenen Akten von Reichssicherheitshauptamt, Volksgerichtshof und Reichsjustizministerium erhalten und ebenfalls häufig willkürlich unter neuen Signaturen (NJ = Nazi-Justiz) zusammengefaßt. Da sich außerdem auch der ursprünglich im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam befindliche dritte Teil dieser Akten inzwischen ebenfalls in Dahlwitz-Hoppegarten befindet, sind in diesem Archiv nun alle wichtigen Bestände zentraler NS-Justizakten, die sich in der DDR befanden, zusammengeführt.

Außer diesen Justizakten befinden sich in Dahlwitz-Hoppegarten z.B. Patientenakten der Euthanasie-Aktion »T 4«, Personalakten oberster Reichsbehörden aus Potsdam sowie einschlägige Karteien und kleinere Bestände anderer Provenienz, etwa dem Dokumentationszentrum im Innenministerium der DDR und dem Archivdepot Barby. Die meisten Bestände sind nach wie vor nur durch Karteien erschlossen, so daß es sich empfiehlt, sich vor der Benutzung anzumelden und möglichst Namenslisten einzureichen.